



II- 494 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Der Bundesminister für Verkehr

Pr.Zl.5.905/22-I/2-1970

210 /A.B.  
zu 140/J.  
Präs. am 13. Aug. 1970

#### ANFRAGENBEANTWORTUNG

betreffend die schriftliche Anfrage des Abgeordneten zum Nationalrat Melter und Genossen: "Fahrpreisermäßigungen für alte Leute." (Nr.140/J vom 17.Juni 1970)

Zu obiger Anfrage erlaube ich mir, folgendes mitzuteilen:

Ich bin selbstverständlich bereit, dafür Sorge zu tragen, daß die eingeräumte Fahrpreisermäßigung allen dafür in Frage kommenden Personen zugute kommt. Allerdings bin ich hiezu erst ab 15.8.1970 in der Lage, weil ab diesem Zeitpunkt das neue Ermäßigungsangebot der ÖBB für Senioren wirksam wird.

Zur Klarstellung darf ich darauf hinweisen, daß die unter meinem Amtsvorgänger eingeführte Fahrpreisermäßigung für Österreichische Staatsbürger über 65 Jahre von vornherein als befristete Aktion gedacht war, deren Auslaufen mit 31.Mai ds.J. festgelegt worden ist. Die ÖBB haben jedoch über meine Anregung eine neue Aktion vorbereitet, die ab 15.August ds.J.wirksam wird und vorerst bis 30.Juni 1971 in Geltung bleibt. Ohne Rücksicht auf die Staatsbürgerschaft wird in Hinkunft Männern mit einem Mindestalter von 65 Jahren und Frauen mit einem Mindestalter von 60 Jahren eine 50 %-ige Fahrpreisermäßigung gegen Lösung eines Berechtigungsscheines gewährt werden.

Es sind Berechtigungsscheine zum Preise von S 50,- und von S 200,- vorgesehen, welche nur in den Bahnhöfen, nicht jedoch in Reisebüros ausgestellt werden. Erstere berechtigen zu einer unbegrenzten Anzahl von Fahrten an allen Tagen, nicht jedoch an Samstagen, Sonntagen

./.

und Feiertagen sowie in den Weihnachts- und Neujaars-  
wochen und in der Oster- und Pfingstwoche. Letztere be-  
rechtigen zu einer unbegrenzten Anzahl von Fahrten an  
allen Tagen.

Anspruch auf die Fahrpreisermäßigung besteht nur auf  
Grund eines der beiden Berechtigungsscheine in Ver-  
bindung mit einem amtlichen Lichtbildausweis.

Um soziale Härten weitestgehend auszuschalten, gewähren  
die ÖBB - gleichfalls auf Grund meiner Anregung - allen  
Empfängern von Ergänzungszulagen (Mindestpensionen)  
gegen Vorweis einer entsprechenden Bestätigung des zu-  
ständigen Pensionsversicherungsträgers eine Befreiung  
der Berechtigungsgebühr von S 50,-.

Aus vorstehendem Sachverhalt ergibt sich von selbst,  
daß in der Zeit zwischen Ablauf der früheren und In-  
krafttreten der neuen Fahrpreisaktion verbilligte  
Fahrkarten nicht ausgegeben werden konnten. Alle  
Schalterbeamten sind jedoch über die Bestimmungen des  
künftigen Ermäßigungsangebotes bereits in Kenntnis ge-  
setzt worden, so daß einer Inanspruchnahme durch alle  
hiefür in Frage kommenden Personen keinerlei Hinder-  
nisse im Wege stehen.

Wien, am 11. August 1970

Der Bundesminister:

